

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
-----------------------------	----

Einführung

§ 1 Einleitung	27
----------------------	----

§ 2 Gang der Untersuchung	35
---------------------------------	----

1. Kapitel: Grundlagen zur Besicherung in der Akquisitionsfinanzierung

§ 3 Die Akquisitionsfinanzierung	39
--	----

§ 4 Überblick über die relevanten Kreditarten	41
---	----

I. Terminkreditlinien (<i>Term Loan Facilities</i>)	42
---	----

II. Revolvierende Kreditlinien (<i>Revolving Credit Facilities</i>)	44
---	----

§ 5 Die Besicherung in der Akquisitionsfinanzierung	47
---	----

I. Begrifflichkeit	47
--------------------------	----

II. Wirtschaftliche Bedeutung	48
-------------------------------------	----

1. Gesamtökonomische Bedeutung	48
--------------------------------------	----

2. Bedeutung im Kontext der Akquisitionsfinanzierung	49
--	----

III. Überblick über die Kategorisierung der typischen Kreditsicherheiten	51
---	----

1. Personal- und Realsicherheiten	51
---	----

a. Personalsicherheiten	52
-------------------------------	----

b. Realsicherheiten	52
---------------------------	----

c. Relevanz der Unterscheidung	53
2. Akzessorische und nicht akzessorische Sicherheiten	54
a. Akzessorische Sicherheiten	54
i. Begriff der Akzessorietät	54
ii. Sinn und Zweck der Akzessorietät	56
iii. Durchbrechungen und Ausnahmen vom Akzessorietätsgrundsatz	57
(1) Beseitigung der Akzessorietät durch Verzicht	58
(2) Die Möglichkeit der Bestellung akzessorischer Sicherungsrechte für zukünftige Forderungen	60
(a) Die Reichweite des Begriffs der zukünftigen Forderungen	61
(b) Zeitpunkt des Entstehens des Sicherungsrechts für zukünftige Forderungen	64
(3) Zwischenbefund	66
iv. Wirtschaftliche Bedeutung akzessorischer Sicherheiten und Bedeutung im Zusammenhang mit der Akquisitionsfinanzierung	67
(1) Wirtschaftliche Bedeutung des Pfandrechts	68
(2) Wirtschaftliche Bedeutung der Hypothek	71
(3) Wirtschaftliche Bedeutung der Bürgschaft	73
(4) Zwischenbefund	73
b. Nicht akzessorische Sicherheiten	74
i. Bedeutung der Nicht-Akzessorietät	74
ii. „Akzessorietätsersatz“ für abstrakte Sicherheiten	76
(1) Unzulässigkeit der rechtsgeschäftlichen Vereinbarung von Akzessorietät	77
(2) Die Bedingung i.S. der §§ 158 ff. BGB als „Akzessorietätsersatz“	80
(3) Zwischenergebnis	82
c. Relevanz der Unterscheidung	82
3. Eigen- und Drittsicherheiten	83

a. Die Begriffe	83
b. Relevanz der Unterscheidung	84
4. Typische Sicherheiten im Rahmen der Akquisitionsfinanzierung	85
a. Sicherheiten von Investoren	85
b. Sicherheiten der Erwerbsgesellschaft	86
c. Sicherheiten der Zielgesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften	86

2. Kapitel: Der Sicherungsvertrag und die Vereinbarung eines Sicherungszwecks

§ 6 Der Sicherungsvertrag	89
§ 7 Die Vereinbarung eines Sicherungszwecks – Bestimmung des Haftungsumfangs	91
I. Die Inhaltsbestimmung des Sicherungsvertrages nach dem Sicherungszweck	91
II. Der Sicherungszweck und die (Nicht-)Akzessorietät	91
III. Der Umfang des Sicherungszwecks	94
1. Der enge und der weite Sicherungszweck	95
a. Der enge Sicherungszweck	95
b. Der weite Sicherungszweck	97
2. Berücksichtigung der Besonderheiten bei Eigen- und Dritticherheiten	98
3. Einordnung der in der Finanzierungspraxis gebräuchlichsten Sicherungszweckvereinbarungen	99
a. Besicherung aller Ansprüche aus den „Finanzierungsverträgen“	100
b. Der Zusatz „einschließlich aller nachträglichen Ergänzungen, Änderungen oder Erweiterungen (einschließlich Erhöhungen des Kreditbetrages)“	101

c. Sicherungszweckerklärungen mit Prolongationsklauseln, Stundungsabreden, Zinsanpassungsklauseln etc.	102
i. Inhalt und Umfang der betreffenden Klauseln	102
ii. Die Einordnung der betreffenden Klauseln als Teil enger oder weiter Sicherungszweckerklärungen	103
iii. Die Besonderheiten bei Prolongationsklauseln	105
iv. Die Besonderheiten bei Zinsanpassungsklauseln	106
IV. Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der „gesicherten Forderung“	107
1. Die Anforderungen an die Bestimmtheit und Bestimmbarkeit	107
a. Akzessorische Sicherheiten	107
b. Nicht akzessorische Sicherheiten	112
2. Die Rechtsfolgen der Unbestimmbarkeit	113
3. Zwischenbefund	114

3. Kapitel: Der Sicherungszweck im „Wandel der Hauptschuld“

§ 8 Der „Wandel der Hauptschuld“	119
I. Verlängerung der Kreditlaufzeit – Prolongation	121
II. Krediterweiterung	125
III. Tilgungsaussetzung	126
IV. Änderung der Tilgungsmodalitäten	127
V. Stundung	127
VI. Umschuldung	129
VII. Zinsänderungsklauseln	130

§ 9 Die Wandlungsfähigkeit der Sicherungszweckvereinbarung	133
I. Die Änderung des Sicherungszwecks (Forderungsauswechslung)	134
1. Akzessorische Sicherheiten	134
2. Nicht akzessorische Sicherheiten	135
3. Praktische Relevanz der Änderung des Sicherungszwecks	137
II. Die Erweiterung des Sicherungszwecks (Hereinnahme einer neuen Forderung; Erweiterung des bisherigen Haftungsbereichs)	139
1. Akzessorische Sicherheiten	139
2. Nicht akzessorische Sicherheiten	140
3. Praktische Relevanz der Erweiterung des Sicherungszwecks	140
III. Erweiterungen im Bestand der Hauptschuld (Ausdehnung der gesicherten Forderung über den ursprünglichen Umfang hinaus)	141
1. Akzessorische Sicherheiten	141
a. Pfandrecht	141
i. Pfandrecht als Eigensicherheit	142
ii. Pfandrecht als Drittsicherheit	144
b. Bürgschaft	145
2. Nicht akzessorische Sicherheiten	148
3. Praktische Relevanz der Erweiterungen im Bestand der Hauptschuld	149
IV. Rechtsfolgen einer unwirksamen Änderung oder Erweiterung des Sicherungszwecks	152
V. Zwischenbefund	153

4. Kapitel: Sicherungszweckerklärungen im Spannungsfeld zwischen Vertragsfreiheit und AGB-Kontrolle

§ 10 Schutzzweckbestimmung der AGB-Kontrolle	159
I. Sinn und Zweck der AGB-Kontrolle im Allgemeinen	159
II. Bedeutung für den unternehmerischen Geschäftsverkehr	160
§ 11 Anwendbarkeit des AGB-Rechts	163
I. Verwendung von Standardverträgen und Standardklauseln	163
1. Die Qualifizierung als AGB i.S. des § 305 Abs. 1 S. 1 BGB	163
a. Vertragsbedingung	163
b. Vorformulierung	164
c. Vielzahl- und Einmalklauseln	166
d. „Stellen“	168
e. Kein Aushandeln	170
i. Anforderungen der Rechtsprechung an das „Aushandeln“	170
ii. Die Folgen der Rechtsprechung für den unternehmerischen Verkehr	172
iii. Stimmen in der Literatur	174
(1) „Starre“ AGB-Kontrolle – Beibehaltung des Status quo	174
(2) Rechtsprechungsänderung – Modifizierung oder Lockerung des Abgrenzungskriteriums im unternehmerischen Verkehr	174
(3) „Ausstrahlungswirkung“ von Individualvereinbarungen	175
(4) Reform des AGB-Rechts im unternehmerischen Geschäftsverkehr	176
iv. Eigene Stellungnahme	176
(1) Praxisuntauglichkeit der Anforderungen der Rechtsprechung im unternehmerischen Verkehr?	177

(2) Ursachenforschung	180
(3) Folgen: Abkehr vom deutschen Recht und Abwanderung in die Schiedsgerichtsbarkeit	181
(4) Ausblick	182
2. Sonderfall: AGB in notariell beurkundeten Verträgen	183
II. Sonderfall: Sicherheitenverträge von Kanzleien – Die Verwendung sog. <i>Templates</i>	183
1. Die Klauseln der sog. <i>Templates</i> als AGB	184
a. „Für eine Vielzahl von Verträgen vorformuliert“	184
b. „Stellen“	186
c. „Aushandeln“ – der Ablauf der Vertragsverhandlungen im Rahmen der Sicherheitenbestellung	187
d. Die Formel des BGH von der „unselbständigen individuellen Ergänzung“	189
e. Beweisbarkeit des „Aushandelns“	191
f. Sonderfall: Der „Zusatz“ zur Erfassung von Prolongationen, Stundungen, Zinsanpassungen etc. als AGB	192
2. Zwischenbefund	193
III. Modifikation der AGB-Inhaltskontrolle im unternehmerischen Geschäftsverkehr	194
1. Der Maßstab der Angemessenheit	195
2. Berücksichtigung der Gewohnheiten und Gebräuche im Handelsverkehr	196
3. Geltung des Verbots überraschender Klauseln	198
IV. Vorrang der Individualabrede (§ 305b BGB)	199
V. Zwischenbefund – Auswirkungen für die Kautelarpraxis	201

§ 12 Formularmäßige Sicherungszweckerklärungen bei Drittsicherheiten	205
I. Bürgschaft	205
1. Die weite Sicherungszweckerklärung	205
a. Anlassrechtsprechung – Ausgangsentscheidung	206

b. Anlassrechtsprechung bei Bürgschaften	207
i. Die weite Zweckerklärung als überraschende und unangemessen benachteiligende Klausel	208
(1) Verstoß gegen § 305c Abs. 1 BGB	208
(2) Verstoß gegen § 307 BGB?	209
(a) Eröffnung der Inhaltskontrolle	209
(b) Vorliegen einer unangemessenen Benachteiligung	211
(i) Rechtsprechung	211
(ii) Literaturansicht	213
(c) Stellungnahme – Bedeutung für einen Wandel der Hauptschuld	213
(i) Konkretisierung am Beispiel der Zulässigkeit der formularmäßigen Haftung für Kreditprolongationen	214
(ii) Aus den Anforderungen an Prolongationskredite abzuleitender generalisierender Maßstab	217
(3) „Heilung“ durch individuellen Hinweis?	218
(a) Ausschaltung des überraschenden Charakters	218
(b) Ausschaltung der unangemessenen Benachteiligung	220
(4) Keine Unwirksamkeit bei intendierter umfänglicher Absicherung	221
ii. Zwischenbefund	222
c. Übertragung der Grundsätze auf sog. Höchstbetragsbürgschaften	223
2. Die enge Sicherungszweckerklärung	224
3. Die Besonderheiten bei Prolongations-, Stundungs- und sonstigen eine Änderung der Hauptschuld vorsehenden Klauseln	227
a. Prolongationsklauseln	228
i. Mehrwert von Prolongationsklauseln gegenüber weiten Sicherungszweckerklärungen	228

ii.	Überblick über Ansichten in der Literatur	230
iii.	Rechtsprechung	233
iv.	Stellungnahme	235
b.	Stundungsabrede	241
c.	Tilgungsaussetzungsabreden	243
d.	Kreditüberschreitungs- bzw. Kontoüberziehungsklauseln	244
e.	Zinsänderungsklausel	244
i.	Rechtsprechung zur Wirksamkeit formulärmäßiger Zinsänderungsklauseln	244
ii.	Auswirkungen des Rechtsprechungswandels auf die Wirksamkeit vorformulierter Zinsänderungsklauseln ...	245
f.	Zwischenbefund	247
4.	Zusammenfassung – Hinweise für die Praxis	248
II.	Schuldbeitritt (Mithaftungserklärung)	250
1.	Abgrenzung zur und Gemeinsamkeiten mit der Bürgschaft	250
2.	Übertragung der Grundsätze der Anlassrechtsprechung auf den Schuldbeitritt	252
a.	Rechtsprechung	252
b.	Stellungnahme	253
3.	Zwischenbefund	253
III.	Grundschild	253
1.	Die weite Sicherungszweckerklärung	254
a.	Anlassrechtsprechung bei nicht akzessorischen Sicherheiten	254
i.	Die weite Zweckerklärung als überraschende und unangemessen benachteiligende Klausel	254
(1)	Verstoß gegen § 305c Abs. 1 BGB?	255
(2)	Verstoß gegen § 307 Abs. 2 BGB?	256
(a)	Rechtsprechung	257
(b)	Teile der Literatur	257
(i)	Eröffnung der Inhaltskontrolle	258
(ii)	Verstoß gegen § 307 Abs. 1, 2 BGB	259
(c)	Herrschende Literatur	263
(d)	Stellungnahme	263

(3) Ausschaltung der Unwirksamkeit durch Aufklärung?	266
(4) Ausschaltung des überraschenden Charakters durch Notarbelehrung?	267
ii. Zwischenergebnis	269
2. Die enge Sicherungszweckerklärung	269
3. Besonderheiten bei Prolongations-, Stundungs- und sonstigen eine Änderung der Hauptschuld vorsehenden Klauseln	270
a. Prolongationsklauseln	270
b. Stundungsabreden	271
c. Tilgungsaussetzungsabreden	273
d. Kreditüberschreitungs- bzw. Kontoüberziehungsklauseln	273
e. Zinsänderungsklauseln	274
4. Sonderfall: Übernahme der persönlichen Haftung	274
a. Die Übernahme der persönlichen Haftung als eine das Grundpfandrecht verstärkende Sicherheit	275
b. Die weite Zweckerklärung als überraschende und unangemessen benachteiligende Klausel?	277
IV. Pfandrecht an beweglichen Sachen oder an Rechten	278
1. Die weite Sicherungszweckerklärung	278
a. Die weite Zweckerklärung als überraschende und unangemessen benachteiligende Klausel	279
i. Verstoß gegen § 305c Abs. 1 BGB?	279
ii. Verstoß gegen § 307 Abs. 2 BGB?	279
(1) Instanzgerichtliche Rechtsprechung und Stimmen in der Literatur	280
(2) Höchstgerichtliche Rechtsprechung und weitere Stimmen in der Literatur	280
(3) Eigene Stellungnahme	281
iii. Möglichkeit der Erweiterung der Hauptschuld durch formularmäßige Abbedingung des § 1210 Abs. 1 S. 2 BGB	283
b. Ausschaltung der Unwirksamkeit durch Aufklärung?	284

c. Sonderfall: Ausschaltung der Unwirksamkeit durch Notarbelehrung bei Anteilsverpfändung	285
2. Die enge Zweckerklärung	286
3. Besonderheiten bei Prolongations-, Stundungs- und sonstigen eine Änderung der Hauptschuld vorsehenden Klauseln	286
a. Prolongationsklauseln	286
b. Sonstige eine Änderung der Hauptschuld vorsehende Klauseln	287
V. Sonstige nicht akzessorische Drittsicherheiten	288
1. Übertragbarkeit der Grundsätze zur Grundsschuld auf sonstige nicht akzessorische Sicherheiten?	288
a. Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung	289
b. Garantie	289
2. Zwischenbefund	290
VI. Sonderfall: Harte Patronatserklärungen	291
1. Die Patronatserklärung als Kreditsicherungsinstrument	291
2. Übertragbarkeit der Grundsätze zur Bürgschaft?	292
3. Einschränkung wegen der besonderen Stellung der Person des Sicherungsgebers	295
4. Zwischenbefund	296
VII. Zwischenbefund	296

§ 13 Die Anwendbarkeit der Grundsätze zu weiten Sicherungszweckerklärungen im unternehmerischen Rechtsverkehr	299
I. Gewohnheiten und Gebräuche des Handelsverkehrs als Korrektiv	299
II. Modifizierung durch individuelle Begleitumstände bei Vertragsschluss	300
III. Zwischenbefund	302

§ 14 Die Anwendbarkeit der Grundsätze zu weiten Sicherungszweckerklärungen bei Gesellschaftersicherheiten	303
I. Relevanz für die Untersuchung	303
II. Besonderheiten und Rechtsfolgen einer „besonderen gesellschaftsrechtlichen Stellung“ von Drittsicherungsgebern	304
1. Geschäftsführer des Kreditnehmers	306
2. Allein- oder Mehrheitsgesellschafter des Kreditnehmers	308
3. Minderheitsgesellschafter des Kreditnehmers	309
4. Komplementär oder Vollhafter einer kreditnehmenden KG oder oHG	310
5. Kommanditist des Kreditnehmers	310
6. Sog. <i>Upstream</i> -Sicherheiten	311
III. Zwischenbefund	311
§ 15 Formulärmäßige Sicherungszweckerklärungen bei Eigensicherheiten	313
I. Rechtsprechung	313
II. Stimmen in der Literatur	314
1. Zustimmung zur Rechtsprechung	314
2. Ablehnung der Rechtsprechung	314
3. Eigene Stellungnahme	317
4. Die Besonderheiten bei Prolongations-, Stundungs- und sonstigen eine Änderung der Hauptschuld vorsehenden Klauseln	321
III. Zwischenbefund	321
§ 16 Rechtsfolgen einer unwirksamen formulärmäßigen Sicherungszweckerklärung	323
I. Beschränkung der Haftung auf den Anlasskredit	323
1. Rechtsprechung	323
2. Kritische Stimmen in der Literatur	325

3. Stellungnahme	326
II. Bestimmung der Anlassverbindlichkeit	330
1. Aktuelles Sicherungsbedürfnis	330
2. Künftiges Sicherungsbedürfnis	333
III. Die Bedeutung der ergänzenden Vertragsauslegung im Einzelnen	334
1. Festlegung des Prüfungsmaßstabs	334
2. Konkrete Einzelfälle eines „Wandels der Hauptschuld“	335
a. Tilgungskredit (<i>Amortising Loan</i>)	336
i. Verlängerung der Kreditlaufzeit – Prolongation	337
(1) Anfängliche Prolongationsentscheidung	337
(a) Einjahresfazilitäten zur Befreiung von Eigenkapitalunterlegungspflicht	337
(b) Konkludentes anfängliches Prolongationsbegehren	339
(c) Verlängerungsoption (<i>Extension Option</i>)	340
(d) Vorzeitige Verlängerung der Laufzeit (<i>Forward Start Facility</i>)	342
(2) Nachträgliche Prolongationsentscheidung	343
(3) Sonderfall: Konditionenanpassung im Rahmen unechter Abschnittsfinanzierungen	346
(4) Zwischenbefund	347
ii. Krediterweiterungen	347
(1) Nachträgliche Krediterweiterungen	348
(2) Nicht fest zugesagte Kreditlinien (<i>Accordion Option</i>)	348
iii. Neue Fazilitäten	350
iv. Tilgungsaussetzung	350
v. Änderung der Tilgungsmodalitäten	352
vi. Stundung	352
vii. Umschuldung	354
(1) Schuldumschaffung (<i>Novation</i>)	355
(2) Schuldänderung	357

(3) Einzelfälle	358
(4) Zwischenbefund	361
viii. Zinssatz- und Zinsartänderungen	362
b. Endfällige Kreditlinien (<i>Bullet Repayment</i>)	363
c. Revolvierende Kreditlinien (<i>Revolving Credit Facility</i>)	364
i. Geltende Grundsätze zum limitierten Kontokorrentkredit	365
ii. Übertragbarkeit der Grundsätze auf revolvingende Kreditlinien	367
iii. Sonderfall: sog. Rollover-Kredite	368
IV. Zwischenbefund	369
§ 17 Darlegungs- und Beweislast	371
§ 18 Zusammenfassender Überblick der Wirksamkeit von Sicherungszweckerklärungen in AGB	375
I. Kein Differenzierungserfordernis zwischen akzessorischen und nicht akzessorischen Sicherheiten	375
II. Differenzierung zwischen engen und weiten Zweckerklärungen	375
III. Differenzierung zwischen Eigen- und Drittsicherheiten	376
1. Weite Zweckerklärung bei Verbindlichkeiten gegen Dritte ...	376
a. Scheitert Einbeziehung oder Wirksamkeit an § 305c Abs. 1 BGB und/oder § 307 BGB?	376
b. Besicherung zukünftiger Drittverbindlichkeiten ausnahmsweise zulässig?	377
c. Ausnahme aufgrund besonderer Gesellschaftsverhältnisse?	377
2. Weite Zweckerklärung bei Verbindlichkeiten gegen den Sicherungsgeber	378
IV. Tabellarische Übersicht	378

5. Kapitel: Sicherungszweckerklärungen in Individualvereinbarungen

§ 19 Die weite Sicherungszweckerklärung	383
I. Rechtsprechung und Teile der Literatur	383
II. Weitere Teile der Literatur	385
III. Stellungnahme	385
§ 20 Die enge Sicherungszweckerklärung	387
§ 21 Bedeutung für die vorliegende Untersuchung	389
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	391
Literaturverzeichnis	397